

Pressemitteilung

Verwaltungsgericht Braunschweig hebt Genehmigung für Modellflugplatz auf

Aufgrund der mündlichen Verhandlung am 23.07.2008 hat das Verwaltungsgericht Braunschweig auf die Klage des von uns vertretenen anerkannten Naturschutzvereins die dem beigeladenen Betreiber erteilte Genehmigung für den Wiederaufbau eines Funktionsgebäudes für einen Modellflugplatz aufgehoben.

Dem lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Nach der Zerstörung eines Anfang der 1980-er Jahre im Landschaftsschutzgebiet errichteten und später ungenehmigt erweiterten Gebäudes durch Brandeinwirkung im Jahr 2004 hatte der im Prozess beigeladene Betreiber den Bau eines erheblich vergrößerten neuen Gebäudes beantragt. Der beantragte Bau wurde vom beklagten Landkreis 2006 genehmigt. Dem lag die Annahme zugrunde, das Vorhaben beeinträchtige keine öffentlichen Belange i.S.d. §§ 35 Abs. 2 und 3 BauGB, insbesondere keine naturschutzrechtlichen Planungen und Belange. Der beklagte Kreis war insoweit der Auffassung, er müsse nur die im Vergleich zum erloschenen Altbestand erweiterte Anlage und insbesondere nicht die mit seiner Nutzung als Flugmodellplatz verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft prüfen.

Dem war der klagende Naturschutzverband entgegengetreten. Er hat in erster Linie Kollisionen des Vorhabens mit dem Landschaftsplan und weitere naturschutzfachliche Vorschriften geltend gemacht. Insbesondere hat der Kläger die Auffassung vertreten, das Gesamtvorhaben einschließlich der mit ihm verbundenen Nutzungen des Flugmodellclubs müssten einer naturschutzfachlichen und –rechtlichen Bewertung der Behörden unterzogen werden.

Dem ist das Verwaltungsgericht Braunschweig nunmehr gefolgt und hat die umstrittene Baugenehmigung entsprechend dem Antrag des von uns vertretenen Klägers aufgehoben.

Hamburg, den 24.07.2008

Nebelsieck/Fachanwalt für Verwaltungsrecht